

# Kamener Zeitung

**Unentgeltliches Anzeigenblatt für Damen.**  
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Zeilen 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Anzeigenbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schubert, Kamen.

**Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.**

**Freiwillige Unfall-Versicherung**  
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erstbeitrag täglich, monatlicher Beitrag 7.00 Mk., durch die Wochenscheine vierteljährlich 27.00 Mk. Falls man in der Versicherungszeit einen Unfall erleidet, wird der Schaden oder die Kosten der Heilung oder auf Vorschlag des Versicherungsrates.

Nr. 263

Mittwoch, den 9. November 1921

49. Jahrgang

## Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 8. Nov.)

Auf der Tagesordnung stehen 30 kleine Anfragen. Aus den Antworten ergibt sich u. a. folgendes: Zur Verringerung der Kosten der Kleinrentner sind in den Jahren 1921 und 1922 100 Millionen eingespart worden. — Für die Verbesserung der Lage der Kriegsschädigten sind 85 Millionen ausbezahlt worden, die an Kriegsschädigte und Hinterbliebene verteilt werden. — Mitglieder von Krankenkassen können eine Fahrpreisermäßigung für die Reise in Sanatorien nicht mehr gewährt werden. — Eine Erhöhung der Zuschläge für Kriegsschädigte und Hinterbliebene ist beabsichtigt. — In zwei Fällen haben die Versicherungsbehörden die Auszahlung von Kartoffeln nach dem Auslande genehmigt. Sie sind ersucht worden, keine Auszahlungsbefugnisse mehr zu vergeben. Eine verschärfte Auslandskontrolle ist angedacht. — 23 Teilnehmer an einer Versammlung des ehemaligen Distrikts des Infanterieregiments 53 sind in Krefeld von Hundstücken verhaftet und dann in Krefeld zu je 3 Monaten Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. (Hört! Hört!) Diplomatische Schritte sind eingeleitet worden. — Die Verhandlungen gegen Jago, W. A. G. und Genossen sollen am 7. Dezember beginnen. Aufhebung der Haftbefehle ist nicht erfolgt. — Damit sind die kleinen Anfragen erledigt und es folgt die

### Fortsetzung der Stenographenrede.

Reichsfinanzminister Schmidt stellt fest, daß nach Ablauf des Ultimatums sich aus politischen Gründen für kurze Zeit eine sehr erhebliche Verschärfung des Marktkurses ergab. (Widerpruch rechts.) Dieser kurze Zeitraum ist zu beenden, um ganz erhebliche Devisenverluste zu vermeiden. Im Mai sind 20 Millionen, im Juni 28 Millionen Goldmark reschafft worden. Freilich wurden die höchsten Erwartungen dadurch noch nicht erfüllt. Unsere Schwierigkeiten aus der Reparationsfrage konnten mit diesen Manipulationen natürlich nicht gelöst werden. Einen so weitgehenden Sturz der Mark konnte niemand voraussehen. — Abg. Becker (Hess. D. B.): Der Staatssekretär ist nicht reinzuwaschen. Er hatte von der Annahme des Ultimatums eine Verschärfung des Marktkurses erwartet. Die Finanzen des Reiches und der Länder sind ruiniert. Alle größeren und kleineren Bundesstaaten sind tief verschuldet. Die alte eiserne preussische Sparpolitik muß wieder zur Geltung kommen. Das gute Beispiel der Staatsverwaltung wird dann auch auf die anderen Verwaltungen einwirken. Die Reichsbetriebe erfordern Milliardenzuschüsse. Das ist ein unakzeptabler Zustand. In der Post- und Eisenbahnverwaltung werden heute noch zehn- und hunderttausende zu viel beschäftigt. Für 1921 haben wir schon wieder einen Gehaltsbetrag von 10 bis 15 Milliarden. Die Gehaltsfrage wird, erreichen wir daraus, daß bei der Eisenbahn im Jahre 1913 740.000 Beamte und Arbeiter vorhanden waren. 1919 aber 1.132.000. (Hört! Hört!) Die Linke hat davon gesprochen, daß uns nahestehende Industriele nachgeben, die Staatsbetriebe in ihre Hand zu bekommen. Sie (nach links) sollten sich freuen, daß diese Leute sich für die Staatsbetriebe interessieren. (Lachen links.) Die Steuern reichen knapp zur Befriedigung unserer inneren Bedürfnisse. Für die Kontributionsleistungen bleibt nichts übrig. Wir hätten unser Einkommen alljährlich restlos abzugeben, wenn wir sie erfüllen wollen. Brand will sich an dem deutschen Privatvermögen schadlos halten. Auf das schärfste müssen die Ausschüttungen des Abg. Braun-Franken zurückgewiesen werden, der gewissermaßen die Entente darauf aufmerksam machte, daß sie sich an deutschen Privatvermögen schadlos halten könnte. (Zuruf des Abg. Vogt (Soz.): „Verleumdung!“ Ordnungsruf.) Wenn die Betriebe infolge der Steuern zusammenbrechen, dann haben die Arbeiter den Schaden zu tragen. Für den Grundbesitz ist nur eine Schätzung nach dem Ertragswert möglich. Die vorgeschlagenen Steuerbefreiungen ihrer Höhe kapitalverdienend. Eine Erhöhung der Goldwerte in irgend einer Form lehnen wir ab. Vor Eintritt in die Steuerberatung verlangen wir eine Erklärung der Regierung, ob das nun alles ist, was den Steuergebern zugemutet werden soll.

Abg. Herz (U.) lehnt die Kritik des Abg. Dr. Heisterich ab. Heisterich sei am wenigsten dazu berufen, sich als Ratgeber aufzuführen. Er trage die Hauptschuld an der heutigen Not. Der Redner lehnt die Steuervorlagen als ungenügend ab und verlangt sofortige Erhebung des Reichsnotopfers, sofortige Auslieferung sämtlicher Vermögensgegenstände und sofortige Verabschiedung der Kapitalverkehrssteuer und Erhöhung der Einkommensteuer. — Reichsfinanzminister Dr. S. Hermes bedauert die persönlichen Angriffe des Abgeordneten Braun-Franken. Die Steuervorlagen seien dem früheren Kabinett vorgelegt worden,

also auch von dessen sozialdemokratischen Mitgliedern. Die Vermögenssteuer bedeutet bereits eine Erfassung der Sachwerte. (Hört! Hört! links.) Die am 15. 11. fällige Rate beträgt 275 Millionen Goldmark. Wegen der Abdeckung der Rate vom 15. Januar haben die Verhandlungen mit der Garantiekommision noch keine Klärung ergeben. Die Vermögenssteuer soll dem Beschluß des Reichstages entsprechen so stark, als es nach den wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist, erhöht werden. — Abg. Höllein (D. B.) lehnt die Steuervorlage als eine Verschönerung der Arbeitslosigkeit ab. Das Schicksal der Bourgeoisie sei besiegelt. Der Redner fordert die Beschlagnahme der Vermögenssteuerführer und Staatsmänner der Kriegszeit. — Abg. Dr. Geher (D. B.) wendet sich gegen die Bestimmung, die ihre wirtschaftliche Macht dem Staat gegenüber auszuüben. Der Reichsfinanzminister und die Sozialisationskommission haben sich mit den Steuerfragen eingehend beschäftigt und Vorschläge gemacht. Im Steuerprogramm der Regierung findet man nichts davon.

Damit schließt die Aussprache. Die Besteuerungen werden dem Steueranschlag, die Verbrauchssteuern einem Sonderanschlag und das Gesetz über das Brennweinmonopol ebenfalls einem Sonderanschlag überwiesen. Nächste Sitzung: Donnerstag.

### Verhandlungen mit der Wiederherstellungskommission in Berlin.

(W) Die deutsche Regierung hat von der Wiederherstellungskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Kommission nach Berlin begeben werden, um mit der deutschen Regierung für die Durchführung der von der Garantiekommision in Ansehung der Zahlungspläne des gewöhnlichen Reparationsplans und deren Ergänzung eine Verständigung abzuhalten.

Zur bevorstehenden Ankunft der Reparationskommission in Berlin wird der Reichstag mitgeteilt: „Der mit einem umfangreichen Stab ausgerüsteten Kommission gehören u. a. als führende Vertreter Englands Lloyd George und Bradbury, als Vertreter Belgiens der ehemalige Ministerpräsident Delcroix und Dommelmans, als Vertreter Frankreichs Dubois, sowie je ein Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens an. Über die voraussichtliche Tätigkeit erfährt die U. L., daß neben dem Rumpfs der Kommission, sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Mission besteht, gegebenenfalls durchgreifende Vorschläge der bisherigen Zahlungsmodalitäten zu erörtern. Die Kommission wird ihre Verhandlungen nicht auf die deutschen amtlichen Stellen beschränken, sondern führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei spielen naturgemäß die Probleme der deutschen Währungs- und Stabilitätsfrage der Marktlage eine durchschlagende Rolle. Wie verlautet, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor.“

### Französische Absichten.

(TU) Der Generaldirektor der Finanzkommission der französischen Kammer, Delaunay, von einer deutschen Reise zurückgekehrt, berichtet u. a. wie folgt über die deutsche Finanzlage: Durch die fortwährenden Banknotenausgabe droht tatsächlich ein deutscher Staatsbankrott; aber die Großindustrie betrachtet diesen Bankrott als bestes Mittel, der Reparationszahlungen ledig zu werden und tut nichts dagegen. Hingegen müssen die Arbeiter etwas unternehmen und sich Pfänder verschaffen. Delaunay fordert folgende Entente-maßnahmen gegen Deutschland: Beschlagnahme der deutschen Bälle, Überwachung des deutschen Devisenhandels, Kontrolle der regelmäßigen Steuererhebung. Delaunay gibt zu, daß Deutschland bei der nächsten Reparationszahlung Schwierigkeiten haben könnte. Frankreich würde nicht einmischen sein und einer Umwandlung in Sachleistungen oder einer augenblicklichen Entschädigung nicht im Wege stehen.

### Die Notwendigkeit der Reparation des Versailler Vertrages.

(TU) In Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung und der bayerischen Regierung tagten gestern in Konstanz die süddeutschen Handelskammern und die Handelskammern der Schweiz. Die Tagung, der etwa 130 Mitglieder beizuhörten, befaßte sich u. a. mit der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz und besonders mit ihrer Auswirkung auf den deutsch-schweizerischen Güterverkehr. Eine hierzu angeordnete Entschädigung befaßt: Die katastro-

phale Entwertung der deutschen Währung beweist, daß die durch den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum Deutschland auferlegten Lasten die Kräfte der deutschen Währung übersteigen. Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands muß bei der unaufhaltsam fortschreitenden wirtschaftlichen Verfallungen die europäische Wirtschaft und damit die gesamte Weltwirtschaft mit sich reißen. Eine Gesundung ist nach der Überzeugung der Vertreter nur durch eine unverzügliche Revision des Versailler Vertrages mit seinen verpflichtenden Auswirkungen zu erreichen.

### Die unverdiente Mitleidschaft der Neutralen.

In dem „Nouvel Courant“ führt der frühere Finanzminister van Oijen im Anschluß an den letzten Artikel von Keynes über die wirtschaftliche Lage Europas aus: Es sei eine eigenartige Erscheinung, daß nicht ein Deutscher, sondern ein englischer Volkswirtschaftler die Unausführbarkeit der wirtschaftlichen Bestimmungen der Friedensverträge am klarsten dargestellt habe. Die Deutschen hätten die Frage zu ausschließlich vom finanziellen Standpunkt, statt vom allgemeinen volkswirtschaftlichen. Van Oijen tritt im Großen und im Einzelnen den Anschauungen von Keynes bei und weist besonders darauf hin, daß das, was Keynes über die Schädigung der englischen Volkswirtschaft durch die Deutschland auferlegten Schuldentragleistungen sagt, in noch höherem Maße für die neutralen Staaten gilt, und daß es für diese auf jeden Fall das beste wäre, daß die schädlichen Schuldentragleistungen Deutschlands niemals auferlegt worden wären und daß sie möglichst sofort aufhören müßten. Es sei auch fälschlich zu glauben, daß ein kleines Volk, wie das holländische, den schädlichen Wirkungen der deutschen Schuldentragleistungen aus dem Wege gehen könne.

### Der Bezirksvorstand der Großberliner S.P.D. für die Koalitionspolitik.

Montag beschloß die eine außerordentliche Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes der S.P.D. in Berlin, daß die Großberliner Landtagsabgeordneten teilzunehmen, mit der Regierungsbildung in Preußen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Bildung einer Regierungskoalition in Preußen die schwersten politischen Bedenken hervorruft. Der Bezirksvorstand wird jedoch auch die Gründe, die die Möglichkeit der Koalition veranlassen, dieser Koalition zustimmen. Der Bezirksvorstand fordert daher die Parteigenossen auf, einstimmig die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Durchführung einer Politik zu unterstützen, die die Mindestforderungen des Berliner Beschlusses über Koalitionspolitik der Partei erfüllt.

### Die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes.

(TU) Von der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes wird uns mitgeteilt: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat nach eingehender Erörterung der durch den sprunghaften Niedergang des Marktkurses geschaffenen unhaltbaren Lage der Beamtenschaft unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiterführung der Forderungssaktion unter folgenden Gesichtspunkten beschlossen: Der Regierung sind sofort unbeschadet der Währungsleistung der gegenwärtigen Vorlage folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse und nach Annahme der Gesetzesvorlage in der Beamtenschaft nötig machen: 1. Die für Oktober-Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Beförderungssachen sind, soweit sie hinter dem Betrage von 2000 Mark für den Beamten und 500 Mark für jeden weiteren von dem Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, in unmittelbarem Anschluß an die Nachzahlung auf diesen Betrag aufzufüllen. 2. Bei der sofort in Angriff zu nehmenden Revision der Grundgehälter ist u. a. auf Planmäßigkeit der Gehaltssteigerung der Gehaltsstufe der einzelnen Beförderungssachen zueinander hinzuwirken. 3. Sofortige Schaffung von Einrückungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß.

### Unsere Kartoffelvorräte.

Entgegen der Beunruhigung, die in großen Teilen der Bevölkerung über die Kartoffelverfügung besteht, wird über die vorhandenen Kartoffelvorräte von zuständigen Berliner Stelle folgendes mitgeteilt: Die bisherigen Schätzungen der Kartoffelernte beziffern sich auf 26 818 000 T. gegen 28 248 000 Tonnen im Vorjahre. Die diesjährige Ernte beträgt also etwa 1 1/2 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahre, obwohl die Anbaufläche um etwa 10% größer war als damals. Die Ursache für den Mangel liegt vor allem in der Dürre gewesen. Für die Ernährung der Bevölkerung werden bei einer Nation von sechs Pfund wöchentlich pro Kopf 5,3 Millionen Tonnen, bei einer Nation von 7 Pfund 6 1/2 Millionen Tonnen erforderlich sein. Das würde ein Viertel der gesamten Produktion ausmachen, bis jetzt sind ungefähr 2 1/2 Millionen Tonnen in die Städte transportiert worden. Das ist etwa gleichviel wie im Vorjahre.

### Deutsche Kriegsgefangenen von der Westfront in Moskau angekommen.

Wie nach den „Frankf. Nachr.“ aus Moskau verlautet, sind bisher in Moskau noch aus der Westfront und übermenschliche Strapazen kriegsgefangene angekommen, die in den Jahren 1917 und 1918 an der Westfront gefangen genommen, wegen geringfügiger Vergehen in Strafhaftungen gesetzt und in der Zeit von Dezember 1919 bis Februar 1920 (1) nach Syrien abtransportiert wurden, um dort Arbeitsdienste zu leisten. Ein Teil der Detachments ist in Syrien zu Holzarbeiten verwendet worden, während der Rest in das Innere des Landes gebracht wurde. Hier machten die kriegsgefangenen Soldaten für die französische Regierung Syrien (Mittelmeer und Marokko). Die Unterbringung war sehr schlecht, dagegen hing die Verpflegung meist von der Güte der Lagerverwaltung ab. Auch Epidemien brachen aus. Viele Gefangene versuchten zu fliehen, aber die Araber der umgebenden Dörfer, von den Franzosen verhetzt und bestochen, brachten sie wieder zurück. Die Araber erhielten ihren Lohn, und die eingewanderten Flüchtlinge wurden erlöst. Diese Darstellungen vermehren die gerechten Kriegsgefangenen unter Eid auszusagen. Den in Moskau angekommenen Kriegsgefangenen gelang die Fahrt nach Kleinasien zu dem Taurus. Die dortigen gesundheitlichen Bedingungen der Heimkehrer sollen sich bei ihrer Rückkehr noch etwa 60 deutsche Kriegsgefangene in Syrien befunden haben. Ein Bericht mit ihren Aussagen ist dem Auswärtigen Amt von der Moskauer Konsulatsstelle für Kriegsgefangene inzwischen eingereicht worden.

### Tagesereignisse.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte in der Montag-Sitzung die oberste politische Frage. Im Laufe der Aussprache gab Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab: „Auf die Note der deutschen Regierung, in der sie gegen die Entschädigung über Oberschlesien als gegen eine Ungerechtigkeit und eine Verletzung des Friedensvertrages Verwahrung eingelegt, hat die Völkerkonferenz geantwortet, daß sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet und null und nichtig erklärt. Sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslose Erklärung der deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen füge. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Völkerkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschaffen wird. Unsere Rechtsverwahrung bleibt vor der Geschichte für alle Zeiten bestehen.“

(Englands Einspruch gegen das türkisch-französische Abkommen.) Nach einer Sabas-meldung aus London ist dem französischen Votschreiber im Augenblick seiner Abreise nach Paris eine Denkschrift überreicht worden über das französisch-türkische Abkommen. In dieser ziemlich langen Denkschrift werden eine Reihe Einwände erhoben, deren hauptsächlichste die Befürchtung der englischen Regierung ist, daß das Abkommen gewisse Schwierigkeiten bei der Regelung der Orientfrage hervorrufen werde, namentlich in dem Augenblick, wo England sich im Einklang mit Frankreich bemüht, den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu lösen. Nach Blättermeldungen konnte der französische Votschreiber Dover nicht verlassen, weil wegen türkischen Wetters die Reise unmöglich geworden ist.

(Die Schulden Sachsens.) Der sächsische Staatshaushaltsplan für 1921 weist einen Gehalt von 750 Millionen Mark auf, der für 1922 schon 1594 ausmachen wird. Dazu kommen 5 Millionen an Neuauflagen für Beamtengehälter. Die Schulden Sachsens, das am 1. April 1919 schuldenfrei war, haben sich inzwischen auf 1900 Millionen erhöht, während sie im März 1923 auf 2000 Millionen geschätzt werden.

(Ein Tropfen.) Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet: Wie verlautet, ist eine Anleihe von 250 Millionen Mark für Österreich zustande gekommen.

(Massenauweisung lätiger Ausländer aus Deutschland.) Der preussische Minister des Innern hat einen zusammenfassenden Erlass für die Handhabung lätiger Ausländer erlassen. Darin wird gesagt, daß die bekannten wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten dazu zwingen, die Genehmigung zum Aufenthalt auf solche Ausländer zu beschränken, deren Zuwanderung und Aufenthalt im Inlande als erwünscht angesehen werden könne. Wegen der weiteren Zuwanderung von Ausländern sollen die Landesgrenzen gesperrt bleiben. Bereits Eingewanderte, die sich der Erlaubnis zum Verbleiben im Inlande unwürdig gezeigt haben, oder dem Staate lästig fallen, sind in Wege des Zwanges auszuweisen. Soweit die völkerrechtlichen Bestimmungen dies zulassen, sollen auch die Staatsbehörden dieser Behandlung unterworfen werden. An die Stelle einer nicht oder vorläufig nicht durchführbaren Ausweisung tritt die Unterbringung in Einzellagern, die keine Strafe darstellen, sondern nur die Möglichkeit der raschen Durchführung der Ausweisung sicherstellen. Unzulässige Karten sollen bei der Ausweisung vernichtet werden.









